

Wir wünschen unseren Lesern
ein Frohes Weihnachtsfest.
Viel Glück und Gesundheit
im Neuen Jahr!

Götterdämmerung
im Rathaus 2

Linke Umweltpolitik 3
Katrin Lompscher im Interview

Doch nicht Französisch lernen? Wie ein Staatsbesuch in Reinickendorf zur Politfarce verkommt

12. November 2007. Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy besuchen anlässlich des „deutsch-französischen Ministerrates“ die Romain-Rolland-Oberschule. 15 ausgewählte Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund dürfen bei einer Diskussionsrunde Fragen zum Thema Integration stellen.

Wortreiche Erwidernungen, jedoch keine Antworten

„... Die angekündigte Diskussion verkommt zu einer Lesestunde, die Fragen mussten Wochen vorher genehmigt und bei Bedarf abgeändert werden. Trotzdem ist es vielleicht interessant, was man uns zu diesem Thema näher bringen will, denke ich mir. Die Schülerinnen und Schüler, die an der Diskussion teilnehmen sollen, gehen nach der zweiten Stunde in die für den Besuch hergerichtete Cafeteria. Alle anderen, immerhin einige hundert, sollten die Möglichkeit bekommen, eine Live-Übertragung auf einer Leinwand sehen zu können. Doch dann die Ernüchterung. Die Übertragung ist schlecht, der Ton viel zu leise. Das sowieso geringe Interesse der meisten SchülerInnen schwindet schnell, dafür steigt der Lärmpegel, man kann keinen vollständigen Satz aus der Cafeteria mehr verstehen. Nach etwa einer Dreiviertelstunde ist der Spuk auch schon wieder vorbei, der hohe Besuch bricht unvermittelt auf.“

(Ein teilnehmender Schüler)

Immer noch Festung Europa?

Die Aussagen der „hohen Gäste“ bestätigen: Für sie sind Migrantinnen und Migranten selbst offenbar die größte Gefahr für eine erfolgreiche Integration. Sarkozy fordert von

den Schülern in bekannter „Das-Boot-ist-voll“-Manier mehr Mut, um Flüchtlinge stärker zu kontrollieren, sie von den Grenzen Europas fernzuhalten. Auch Frau Merkel will hart bleiben: Die Migranten sollen doch Deutsch lernen! Arbeitsplätze gibt es für sie sowieso nicht.

Was nicht auf der Tagesordnung stand

Mitglieder der Linksjugend [solid] Reinickendorf verteilten ein Flugblatt, auf dem die unerträgliche Arroganz der Macht in der Europäischen Union angeprangert wird. Der im Jahr 2005 am Veto der französischen und niederländischen BürgerInnen gescheiterte Verfassungsvertrag wird den Europäern nun als „Reformvertrag von Lissabon“ im neuen Umschlag mit demselben neoliberalen Inhalt angeboten, damit dieser „leichter zu schlucken sei“ (Valéry Giscard d'Estaing, ehem. Präsident des Verfassungskonvents).

Diesmal sollen die EU-Bürger, mit Ausnahme der Iren, sicherheits halber überhaupt nicht gefragt werden. Ob den Merkels und Sarkozys das gelingt, hängt auch von unserem Widerstand ab. Robert Irmischer



15. Tegeler Dialog zur Demokratie der Hellen Panke e. V.

Wie kommen wir zum Frieden in Afghanistan?

Streitgespräch mit Prof. Dr. Norman Paech, MdB,
außenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. und
Detlef Dzembritzki, MdB, Vorsitzender der „Afghanistan Task Force“
der SPD-Bundestagsfraktion, Wahlkreisabgeordneter in Reinickendorf

am **Mittwoch, 12. Dezember 2007, 19 Uhr**
im Roten Laden, Schloßstraße 22

Götterdämmerung im Rathaus?

Der Landesrechnungshof hat Mitte November in einem Untersuchungsbericht zum Projekt Borsighafen schwerwiegende Verstöße gegen haushaltsrechtliche und Vergabevorschriften festgestellt, wofür Bezirksbürgermeisterin Wanjura als für Finanzen zuständige Dezernentin besondere Verantwortung trage. Eine interne Ermittlungsgruppe des Bezirksamtes hat die Vorfälle bestätigt, woraufhin die Leiterin der von der Bürgermeisterin eingerichteten Stabsstelle Wirtschaftspolitik gekündigt wurde.

In der BVV setzten sich die Sprecher von SPD, B90 und FDP mit dem „freihändigen Vorgehen“ der Bürgermeisterin auseinander, die ihre „genialen Ideen“ vorbei am Bezirksamt, dessen Fachleuten, an der BVV und unter Umgehung der „bürokratischen Vorgaben des Haushaltsrechtes“ (Schultze-Berndt, CDU) zu realisieren versuche, um persönlich ihrem Ruf als „wirtschaftsfreundlichste Bürgermeisterin“ weiteren Stoff zu geben. Die CDU sah darin eine unanständige „Hexenjagd“ gegen die Bürgermeisterin - „wegen eines Buchungs-

fehlers“. Für den Bezirk sei ja kein Schaden entstanden. Ein Antrag der SPD, das Bezirksamt solle eine neue Geschäftsverteilung beschließen und Frau Wanjura das Finanzressort entziehen, fand dennoch keine Mehrheit. Der Ausbau des Borsighafens für den Schwerlastumschlag hat - so Peter Senftleben (SPD), stellv. Bezirksbürgermeister, vor der BVV - begonnen. Damit können der traditionelle Wirtschaftsstandort Borsigwerke langfristig erhalten und rund 1.000 Arbeitsplätze der Firmen Borsig und MAN Turbo gesichert oder neugeschaffen werden.

WiR bat den Vorsitzenden der Reinickendorfer LINKEN, Yusuf Dogan, um eine Stellungnahme zu den Vorgängen im Rathaus:

Wie steht die LINKE zum Ausbau des Borsighafens?

DIE LINKE Reinickendorf hat schon 2006 die Entscheidung des Wirtschaftssenators unterstützt, dafür Fördermittel einzusetzen.

Sind nicht die skandalösen Begleiterscheinungen im Rathaus um so bedauerlicher?

In der Tat. Wir haben uns mehrfach, zuletzt im Wahlkampf, dagegen gewandt, dass die CDU in Reinickendorf Politik „nach Gutsfrauenart“ betreibt. Der jüngste Skandal ist auch für Reinickendorf ohne Beispiel. Der Zweck darf nie die Mittel heiligen. Das ist für die LINKE eine schmerzliche Erfahrung ihrer Geschichte. Ich finde: Es ist gut, wenn

Götter - manchmal recht unsanftwieder auf die Erde zurückgebracht werden.

Und die Konsequenz?

Die Bezirksbürgermeisterin hat bei ihrem Amtsantritt geschworen, ihr Amt in Übereinstimmung mit den Gesetzen zum Wohl der Allgemeinheit auszuüben und ihre Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen (§ 23 des Landesbeamtengesetzes). In der BVV wurde deshalb zurecht davon gesprochen, Frau Wanjura habe ihren Amtseid verletzt. Ebendeshalb hat wohl auch der Rechnungshof den Senat aufgefordert, „eventuelle dienst- und haftungsrechtliche Ansprüche“ zu prüfen.

Klaus Gloede

BVV-Splitter

13. Sitzung, 14.11.2007

Die Tagesordnung der 13. Sitzung wurde nur zu Beginn und in den letzten 5 Minuten gebraucht. Der Ältestenrat hatte ein Einsehen und zog dem TOP 2 die **Einwohnerfragen** vor, um die Bürger nicht - wie in der Vergangenheit oft - Stunden warten zu lassen. Deren Fragen betrafen den Charakter der „Gemeinde auf dem Weg“, die Pläne im Bezirksamt (BA) zur Umsetzung des Senatsbeschlusses vom 16. Oktober 2007 über die Schaffung eines Öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) in Reinickendorf und die Beweggründe der CDU für die Ablehnung der Regenbogenfahne im Bezirk.

Ansonsten ging es um Themen aus vorhergehenden Sitzungen.

Nach dreimal Vertagung wurde gegen den Willen des BA die Große Anfrage (GA) von SPD, B90, Grauen und FDP **Haltung zu Schwulen und Lesben und zu BVV-Beschlüssen klar stellen!** (Drs.-Nr.: 0284/XVIII) aufgerufen. Das BA hatte mit seiner Ablehnung, dem Ersuchen der BVV vom 24. Mai zu folgen und die Regenbogenfahne auch in Reinickendorf zu hissen (Vorlage zur Kenntnisnahme zur Drs.-Nr.: 0208/XVIII), für zusätzliche Brisanz gesorgt. „Gelinde gesagt: ein starkes Stück“, Entsetzen, „seit 1999 einmalig“, „langsam reicht’s!“ waren einige noch vorsichtige Kommentare in der Debatte. Gewohnt arrogant berief sich die CDU auf eine angebliche Mehrheit der Reinickendorfer Wähler. Die antragstellenden Parteien kündigten an, sie würden den im BA gefassten Beschluss (3 zu 2 Stimmen) nicht hinnehmen. Sie forderten das CDU-geführte BA auf, zu einer konstruktiven Zusammenarbeit mit der BVV zurückzukehren.

K.G.

Frage:

Wo sind jetzt die Kritikpunkte? Was wirft man Ihnen vor?

Frau Wanjura:

„Das habe ich auch nie wirklich verstanden ...“

Aus: „Wir in Teigel“, Zeitschrift der CDU, 10/2007

Öffentlich geförderte Hoffnung – auch in Reinickendorf

Trotz des vielfach beschworenen Aufschwungs sind immer noch sehr viele Menschen ohne bezahlte Arbeit. Besonders Langzeiterwerbslose mit weiteren Beschäftigungshemmnissen (Alter, gesundheitliche Probleme) haben keine Chancen auf dem regulären Arbeitsmarkt.

Aus diesem Grund hat Rot-Rot in Berlin auf Anregung der LINKEN im Koalitionsvertrag die Einrichtung eines Öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) vereinbart. Danach sollen für die Dauer von 24 Monaten 10.000 vom Bund und

Land geförderte sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze mit einem Brutto Gehalt von 1.300 € monatlich entstehen. Die derart Beschäftigten sollen in Bereichen wie Nachbarschaftshilfe und Integrationsarbeit mit MigrantInnen eingesetzt werden.

In Reinickendorf wurde das Thema in der BVV vom 14. November durch eine von mir gestellte Einwohnerfrage auf die Tagesordnung gesetzt. Auf meine Frage erklärte der Stadtrat für Soziales Andreas Höhne (SPD), dass Arbeitsplätze im ÖBS

auch in unserem Bezirk entstehen sollen. Vertieft wurden seine Ausführungen in der 8. Sitzung des Sozialausschusses vom 27. November.

Der Stadtrat und Herr Brandes vom JobCenter Reinickendorf informierten darüber, welcher Personenkreis für die Vermittlung in den ÖBS vorgesehen ist. Es handelt sich um Langzeiterwerbslose im Alter zwischen 45 und 64, die länger als 18 Monate erwerbslos gemeldet sind. Der ÖBS könnte zum Hoffnungsschimmer für viele Erwerbslose werden.

Michael Rohr

Infos unter:
www.oeb-berlin.de

Linke Positionen vermitteln - politisch wirken - Widerstand organisieren

Die Berliner Umweltsenatorin Katrin Lompscher (DIE LINKE.) im Interview

Katrin Lompscher ist seit 23. November 2006 Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz. Obwohl ressortübergreifend wird kommunaler Umwelt, Klima- und Naturschutzpolitik noch zu wenig Beachtung zuteil. WiR sprach mit der Senatorin über ihre Ziele und Handlungsspielräume.

Durch den Menschen verursachter globaler Klimawandel, nationale Umweltpolitik à la Merkel/Gabriel, was tut Berlin?

Berlin ist Spitze im Klimaschutz. Dies hat uns eine Studie des Magazins „GEO“ gerade bestätigt. Ich hätte natürlich gerne eine Bundesregierung, die uns in der Arbeit für mehr Klimaschutz unterstützt. Aber wichtige Richtungsentscheidungen werden auf Bundesebene nicht getroffen, stattdessen werden große Worte gemacht – gerade von der Kanzlerin. Letztes Beispiel war die Debatte um ein Tempolimit auf Autobahnen. Aber ich kann eigene Schwerpunkte setzen: Klimaschutzvereinbarungen mit wichtigen, v.a. öffentlichen Unternehmen, ökologische Kriterien bei der Fahrzeugbeschaffung oder die Ablehnung neuer Kohlekraftwerke.

Gibt es in Berlin rot-rote „Markenzeichen“, wo wird die Handschrift der LINKEN sichtbar?

Unsere Handlungsspielräume sind wie erwähnt durch Bund und EU begrenzt. Hinzu kommt, dass wir nicht alleine regieren, sondern uns auch mit der SPD einigen müssen. Ich bin zufrieden mit dem ersten Jahr Rot-Rot II: die Gemeinschaftsschule und der ÖBS starten, das Mittagessen an den Schulen wird deutlich preiswerter. Und ich behaupte mal: eine SPD-Alleinregierung hätte bei den Kraftwerksplanungen mehr auf das Investitionsvolumen geschielt als auf Klimaschutz. DIE LINKE unterscheidet sich, indem sie immer die soziale Frage stellt. Auch in der Umweltpolitik.

Es gibt Widerstand, nicht nur gegen die Schließung von Tempelhof, das Nichtrauchergesetz und die Um-

weltzone in Berlin. Wie erreicht man die Köpfe der Menschen?

Es wird immer dann laut, wenn sich Menschen oder Lobbygruppen gegen eine Entscheidung der Politik wenden. Das heißt aber nicht: wer am lautesten protestiert, vertritt die Mehrheit. Wir haben für den Nichtraucherschutz, für die Umweltzone und auch für die Schließung Tempelhofs die Mehrheit der Stadt hinter uns. Letzten Endes gilt es, politische Entscheidungen und Positionen alltagstauglich zu vermitteln. Ich sage den Menschen: Spart Geld, wechselt den Anbieter!

Der Energiekonzern Vattenfall will ein neues Braunkohlekraftwerk im Märkischen Viertel. Was sagt die Umweltsenatorin dazu?

Ich habe mich sofort mit der Konzernspitze in Verbindung gesetzt und gegen diesen Plan protestiert. und die Fraktionen im Abgeordnetenhaus haben sich angeschlossen. Inzwischen wurde das Vorhaben zurückgezogen. Aber es gibt immer noch Planungen für ein Steinkohlekraftwerk in Lichtenberg. Um diese Fehlinvestition zu verhindern, brauchen wir einen breiten gesellschaftlichen Widerstand. Den zu organisieren, ist unter anderem eine Aufgabe der LINKEN.

Ist es für eine sozialistische Umweltsenatorin ein Widerspruch, in „kapitalistischen Verhältnissen“ wirken zu müssen? Hat Oskar Lafontaine recht, wenn er sagt, dass nachhaltiger Klimaschutz einen Systemwechsel bedingt?

In dieser Frage hat Lafontaine recht. Aber daraus kann ich nicht schlussfolgern: Macht mal schön die Erde kaputt – ich komme wieder, wenn ich den Sozialismus fertig gebastelt



habe. Ich bin eine linke Umweltsenatorin, die das Ziel Demokratischer Sozialismus nicht aufgegeben hat. Ich muss im Hier und Jetzt, im Kapitalismus, wirken: Links und mit dem Anspruch, gesellschaftliche Veränderungen zu erreichen. Die PDS hat sich vor der Fusion mit der WASG dem strategischen Dreieck mit Opposition, Regierung und darüber hinausgehender Perspektive des demokratischen Sozialismus verpflichtet. Auf keine dieser Spitzen des Dreiecks kann DIE LINKE. verzichten.

Die homepage der Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz:

www.berlin.de/sen/guv

Die Fragen stellte Jürgen Schimrock

Katrin Lompscher,

geb. 1962 in Berlin, gelernte Baufacharbeiterin mit Abitur und Diplomingenieurin für Städtebau, war wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR (seit 1990 Deutsche Bauakademie Berlin), von 1996 bis 2001 wissenschaftliche Mitarbeiterin der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin. Sie gehörte von 1990 bis 1992 der PDS-Fraktion in der BVV Berlin-Treptow an, war Bürgerdeputierte der PDS-Fraktion in der BVV Berlin-Mitte und Bezirksstadträtin für Stadtentwicklung in Lichtenberg und Leiterin der Abteilung Kultur und Bürgerdienste des Bezirksamtes Lichtenberg. Katrin Lompscher hat ein Kind und ist auch stellvertretende Landesvorsitzende der Berliner LINKEN.

Wir sind die politische Kraft, die die Systemfrage stellt ... Der bisherige Irrweg der Deregulierung bis zur Gesetzlosigkeit und der Privatisierung - sprich: der Auslieferung an das kurzfristige Gewinnmaximierungsdogma des Finanzkapitals - hat die Umwelt immer stärker belastet, die soziale Frage verschärft und notwendige Veränderungen verzögert. Die Linke möchte den besseren Weg gehen, dafür werben wir.

Oskar Lafontaine im Freitag vom 30. November 2007

Warum DIE LINKE?

Ich war schon lange politisch interessiert und hatte den Wunsch, mich aktiv einzubringen und zu betätigen. Im Sommer 2006 besuchte ich die Spandauer Geschäftsstellen von Linkspartei.PDS, SPD und CDU, um mir die Partei- und Wahlprogramme dieser Parteien zu besorgen. Bei der LINKEN habe ich die größte Nähe gefunden, sie ist sehr bürger-



nah! Seit September 2006 bin ich nun Mitglied der LINKEN und seit März 2007 wohne ich in Reinickendorf.

Bei der LINKEN gefallen mir besonders das „Nein“ zur Rente mit 67 und das „Nein“ zur angestrebten

Bahnprivatisierung, aber z. B. auch das „Ja“ zur Gemeinschaftsschule. Schließlich hat die DDR-Schule kreative Köpfe hervorgebracht.

Ich möchte auch lieber eine kleinere Partei unterstützen. In Reinickendorf müssen wir endlich mit einer Fraktion in die BVV. Nicht nur, um dort CDU und FDP Paroli bieten zu können, sondern insbesondere, um Bürgerinteressen zu vertreten und unsere Themen und Akzente einzubringen! Ähnliches hoffe ich für alle West-Landtage.

*Bilal Taskiran,
Metallbauer-Azubi, 22 Jahre*

Am Rande

„Hohes Haus intern“

„Wer will reden?“ fragte BVV-Vorsteher Pohl die anwesenden drei Bezirksamtsmitglieder. Das Bezirksamt aber schwieg beharrlich. „Wofür werden Sie eigentlich bezahlt?“ entrüstete sich daraufhin SPD-Fraktionsvorsitzender Braun. *Auch diese Frage blieb unbeantwortet.*

Auch dem Fraktionsvorsitzenden der CDU, Schultze-Berndt, hatte es die Sprache verschlagen. Er sagte fünf Stunden lang NICHTS. *Schade eigentlich.*

„Schon geht die alte Leier wieder los“, fand CDU-Sprecher D. Steffel. Und bat um Verständnis, wenn Frau Wanjura neben vielen starken Reden in der BVV auch mal eine von sich gegeben habe, die nicht zu ihren Sternstunden gehört habe. *Unerhört.*

Ihr Beruf sei es, Zwischenrufe zu hören, erklärte Grünen-Fraktionsvorsitzende Anke Petters. „Mit Verlaub“, wie sie hinzufügte. *Ihr entgeht tatsächlich nichts.*

„Outen ist in“, meinte wohl SPD-Bezirksverordneter D.M. und gab offen zu, er benutze Kondome. *Und das ist gut so.*

Leider hätten wir eine verdammt linke Mehrheit in Berlin, entdeckte CDU-Jungstar N.P. und forderte mehr Toleranz für die bürgerliche konservative Minderheit. *Hört! Hört! Und das als Reinickendorf-Partei!*

Frau Sollfrank (CDU) fühlte unter dem Einfluss von „Nebelbomben“ den Heiligenseer Volkszorn über „wegzuschließende Kinder“ bei der Diakonie in sich aufwallen - und sicherte sich den Zorn ihrer Kollegen. *Wie gewohnt, zuverlässig*

Stadtrat Ruschin (CDU) dozierte vor halbleerem Saal. Wer drinnen blieb, las oder plauderte mit seinen Nachbarn. *Nur die Gäste müssen alles stumm über sich ergehen lassen.*

Schließlich gestand Herr Schultze-Berndt ein, dass er „Wir in Reinickendorf“ lese. *Wir werden ihm noch viel Freude bereiten. Versprochen.*

Beobachtet in der BVV-Sitzung am 14. November 2007 - von A.B.

Termine

15. Dezember, ab 14 Uhr im Roten Laden, **Jahresend-Feier** der LINKEN Reinickendorf mit Kaffee & Tee, Stolle & Keksen, Musik & Gesprächen, Wein & Bier. Gäste sind wie immer herzlich willkommen!

Der Rote Laden ist vom 21. Dezember bis 6. Januar geschlossen.

Neues Kulturprojekt 2008

Mit einem Workshop im Februar wollen wir uns mit alten und neuen Formen des politischen Theaters auseinander setzen. Das Straßen- und Aktionstheater bietet großartige Möglichkeiten, aktuelle politische Probleme darzustellen.

Gemeinsam mit Theaterkünstlern und Laien, werden wir uns mit bestehenden Theatergruppen, aber auch mit der Gründung einer eigenen, beschäftigen. Kurze Stücke erarbeiten, inszenieren und darstellen. Zukünftig wird es regelmäßige

Termine im Roten Laden geben, um sich aktiv und passiv daran beteiligen zu können.

Interessierte aus allen Ausbildungs- und Berufsgruppen sind hierzu herzlich eingeladen, Mitglieder unserer Partei, aber natürlich auch andere. Die genauen Termine, werden in der nächsten Ausgabe von WIR bekannt gegeben. Anmeldungen und Anfragen nehmen wir aber schon jetzt gern entgegen.

*Thomas Bailly
Initiator des Projekts*

Ausstellung im Roten Laden

Noch bis Jahresende sind im Roten Laden Karikaturen, Gemälde und Installationen des Malers und Grafikers **Wolf Schrader** zu sehen. Die Finissage im Beisein des Künstlers findet am 15. Dezember um 14 Uhr statt.

Wolf Schrader wurde **1945** in

Rochlitz / Sachsen als erstes Kind des Karikaturisten Karl Schrader geboren. Bis 1990 arbeitete er als EDV-Programmierer. Seit **1990** ist er freiberuflich als Maler und Grafiker, sowie bis **2004** als Karikaturist für diverse Tageszeitungen und den Eulenspiegel tätig.

Impressum

Herausgegeben vom Landesvorstand Berlin der Partei DIE LINKE., V.i.S.d.P.: Yusuf Dogan

Wir in Reinickendorf wird vom Bezirksverband finanziert.

Spenden

sind ausdrücklich erwünscht: DIE LINKE., Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Kontonummer: 4384 816812.

Hier finden Sie uns:



Roter Laden

Schloßstraße 22
13507 Berlin-Tegel

Öffnungszeiten:
Mo - Do 14.00 bis 18.00 Uhr
Di u. Do 11.00 bis 13.00Uhr

Tel.: 4373 2630
Fax: 4373 2632

e-mail:
redaktion@die-linke-
reinickendorf.de